

## Newsletter– Ausgabe Nr. 2

Liebe Leserin, lieber Leser,

am 18. September 2015 tagte die 6. Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr, das höchste Gremium des Ruhrparlaments. Nicht mehr ganz so aktuell, aber immerhin – hiermit möchten wir Euch über die wichtigsten Entscheidungen der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr und unsere Positionen informieren.

Die Artikel im Überblick:

<b>Neuigkeiten aus der Verbandsversammlung am 18. September 2015</b>	
<b>Weg frei zur Nutzung der Halde Kohlenhuck als Windenergiebereich</b>	Seite 1
<b>Stärkere Öffentlichkeitsbeteiligung bei Raumordnungsverfahren!</b>	
<b>Neuaufstellung des ÖPNV-Bedarfsplanes 2017 – nur mit dem RVR</b>	Seite 2
<b>Landesmittel für Radwegebau an Landstraßen auch verausgaben!</b>	
<b>Studie für „Marketingkampagne“ beschlossen – Image geht anders</b>	Seite 3
<b>Haushalt 2016 eingebracht</b>	
<b>Day of Song geht weiter!</b>	Seite 4
<b>Außerdem...</b>	
<b>Widersprüche gegen Bundesverkehrswegeplan unterstützen!</b>	
<b>Fracking in den Niederlanden?</b>	
<b>Wie weiter mit den Revierparks und Freizeitgesellschaften?- Teil 2</b>	
<b>Einige Pressemitteilungen...</b>	
<b>„Fauler Kompromiss“ von Rot- Grün zum Newpark</b>	Seite 5
<b>Studie des Bürgerforums Gladbeck umsetzen</b>	
<b>Fördermittel für Brücke Radweg Rheinische Bahn frei</b>	Seite 6

Eine anregende Lektüre  
wünscht **DIE LINKE** im Regionalverband Ruhr

### **Neuigkeiten aus der Verbandsversammlung am 18. September 2015**

---

#### **Weg frei zur Nutzung der Halde Kohlenhuck als Windenergiebereich**

---

Endlich ist mit der Annahme der 83. Regionalplanänderung für den Regierungsbezirk Düsseldorf im Gebiet der Städte Moers, Rheinberg und Kamp-Lintfort der Weg frei zur Nutzung der Halde Kohlenhuck als Windenergiebereich. Die Ratsfraktion DIE LINKE. Moers hatte sich im Vorfeld zusammen mit den BürgerInnen und uns immer wieder für diese Nutzung des Geländes eingesetzt. Bereits kurz nachdem die Schüttungen auf der Halde eingestellt wurden und es in der Stadt unterschiedliche Nutzerinteressen gab, organisierten beide Fraktionen Gesprächstermine vor Ort und blieben in Kontakt zum laufenden Verfahren.

Zwei Jahre nach der Antragstellung durch die Stadt ist die Änderung nun in Sack und Tüten. Die Investorengesellschaft kann mit der Planung zur Errichtung und dem Betrieb von vier Windenergieanlagen beginnen.

Übrigens kam bereits 2011 eine Studie des RVR zur Nutzung von Halden für Windenergiebereiche zu der Einschätzung, dass diese Halde für die Errichtung von Windenergieanlagen geeignet sei.

---

#### **Stärkere Öffentlichkeitsbeteiligung bei Raumordnungsverfahren!**

---

Die Verbandsversammlung des RVR wird in ihrer Funktion als Trägerin der Regionalplanung an Landesplanungsfragen beteiligt. Aktuell erfolgt die Anhörung zu den Änderungen am Landesplanungsgesetz (LIPG-E). In der erneuten Stellungnahme des RVR stimmt die Verbandsversammlung einer weitreichenden Öffentlichkeitsbeteiligung zu. Nicht nur im Bekanntmachungsorgan des jeweiligen Trägers

der Planung soll auf die Möglichkeit der Einsichtnahme in die Planungsunterlagen hingewiesen werden, sondern auch in überörtlichen Tageszeitungen und elektronischen Medien.

Wir haben einen Antrag zur Ergänzung der Stellungnahme eingebracht. Danach sollte die Öffentlichkeit bereits während der Prüfung des Verfahrens informiert werden. Tomas Grohé, für DIE LINKE im Planungsausschuss, sagte dazu: „Ist ein Vorhaben erst mal mit offizieller Geheimniskrämerei, mit dem Vorwurf von Verhandlungen hinter verschlossenen Türen verbunden, haben erst mal voreilige Zusagen und politische ‚Schnellschüsse‘ negative Betroffenheitsgefühle erzeugt: dann ist da ein kaum noch zu überwindendes Misstrauen entstanden und damit aktive öffentliche Gegnerschaft. Wir fordern, dass die breite Öffentlichkeit bereits in geeigneter Form von dem Anliegen des Vorhabenträgers informiert wird, wenn die Regionalplanungsbehörde die Prüfung auf Vollständigkeit der Unterlagen abgeschlossen hat. Das wäre dann spätestens einen Monat nach Eingang der Unterlagen in dem zuständigen Amt der Fall.“

So viel Öffentlichkeit war den anderen Fraktionen dann doch zu viel. Bis auf die Fraktion der Partei-Piraten wurde der Antrag abgelehnt. So wird alles beim Alten bleiben und wie im Fall Datteln IV der Vorhabenträger mehr Rechte bei einem solchen Verfahren haben, als die interessierte Öffentlichkeit. Unsere holländischen Nachbarn haben seit Jahren eine ganz andere Tradition. Da gibt es für die Regionalplanung eine eigene Behörde/Agentur, die nichts anderes zu garantieren hat, als dass möglichst viele Betroffene intensiv am Planungsprozess teilnehmen. Das ist staatlich organisierte und optimierte Transparenz- und Konsenspolitik, von der wir hier vorerst nur träumen können.

---

### **Neuaufstellung des ÖPNV-Bedarfsplanes 2017 – nur mit dem RVR**

---

Der RVR will die Verantwortung für die Erarbeitung von Vorschlägen von regionaler Bedeutung bei der Neuaufstellung ÖPNV-Bedarfsplanes übertragen bekommen. Die Bezirksregierungen hatten im Vorfeld dem Verkehrsministerium mitgeteilt, dass sie dieses Aufgabenfeld weiterhin umsetzen.

Wolfgang Freye, Fraktionsvorsitzender, dazu:

„Wir halten es für ausgesprochen wichtig und sinnvoll, die Kompetenz für die Erarbeitung des ÖPNV-Bedarfsplanes dem Verband zu übertragen. Für uns ist dies auch ein konsequentes Vorgehen in Bezug auf die Änderungen beim RVR-Gesetz. Wir wollen in diesem Zusammenhang aber auf einen Punkt noch mal hinweisen. Uns ist es langsam schleierhaft, wie die vielen zusätzlichen Aufgaben in der Verwaltung, gerade auch in der Regionalplanung überhaupt bewältigt werden können.“

Es gab lange Diskussionen über die personelle Besetzung der Regionalplanung mit dem Land. Gerade mal vier neue Stellen sind geschaffen wurden. Wenn jetzt weitere zusätzliche Aufgaben kommen, ist es aus unserer Sicht unabdingbar, noch mal an dem Punkt anzusetzen. Da es Aufgaben im Rahmen der Landesplanung und in der bisherigen Zuständigkeit der Bezirksregierung sind, muss eine weitere Aufstockung von Stellen stattfinden. Ansonsten wird das nicht zu bewältigen sein.“

Die Koalition stimmte zu, in der nächsten Zeit gemeinsam zu überlegen, wie man dieser Forderung auch entsprechend Nachdruck verleihen kann.

---

### **Landesmittel für Radwegebau an Landstraßen auch verausgaben!**

---

Alle Jahre wieder, nur leider immer wieder ohne große Ergebnisse – so lässt sich die Umsetzung von priorisierten Maßnahmen zum Radwegebau an bestehenden Landstraßen aus dem Förderprogramm des Landes NRW auf den Punkt bringen. In der Antwort der Bezirksregierungen auf unsere Anfrage im Planungsausschuss zur Umsetzung von Maßnahmen im Zeitraum von 2010 - 2014, stellen diese fest, dass von den zur Verfügung stehenden Mitteln in Höhe von 3,95 Mio. € gerade mal 714.000 € verbaut wurden.

Dagegen muss etwas getan werden! Deshalb haben wir den folgenden Antrag eingebracht:

„Die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr fordert alle zuständigen Behörden auf, dafür Sorge zu tragen, dass die im Jahresbauprogramm des Landes NRW für das Ruhrgebiet eingestellten Mittel für den Radwegebau an bestehenden Landesstraßen entsprechend der Priorisierung auch tatsächlich verausgabt werden.“

Olaf Jung, für DIE LINKE in der Verbandsversammlung, in seiner Rede zur Begründung: „Wenn man die Priorisierungslisten der letzten fünf Jahre durchsieht, muss man feststellen, dass es kaum einen Planungsfortschritt bei den aufgeführten Radwegen gibt. Die zuständigen Behörden wie Stadtverwaltungen, Straßen NRW und die Bezirksregierungen sind aufgefordert, die Planungen auch zu leisten, damit die Projekte umgesetzt werden können. Es ist wichtig, gute und sichere Radwege an Landstraßen zu haben, da sie von besondere Bedeutung für die Entwicklung des Tourismus, die Steigerung des

Radverkehrs bei zunehmender Nutzung von Pedelecs und E- Bikes sowie für die Sicherheit von RadfahrerInnen sind“.

Wer gedacht hat, dass dieser Antrag auf breites Interesse stößt, liegt daneben. Selbst die Grüne Fraktion konnte sich nicht zu einem Ja durchringen. Von der Opposition befürwortete nur die Piratenfraktion unseren Antrag. Eine „schwarze Minute“ für den Radwegeausbau an den Landstraßen im Ruhrgebiet. Allein die für 2015 zu priorisierenden Maßnahmen für die Region haben ein Antragsvolumen von rund 20 Mio. €, wobei gerade mal 0,9 Mio. € zur Verfügung stehen.

---

### **Studie für „Marketingkampagne“ beschlossen – Image geht anders**

---

Bereits in der Diskussion zum Haushalt 2015 hat unsere Fraktion eine von der XXL-Koalition beantragte neue Imagekampagne fürs Ruhrgebiet abgelehnt. Bunte Bilder allein ändern nichts an der Haltung zum das Ruhrgebiet, so die Fraktion DIE LINKE.

So weist die EMNID-Untersuchung zu der Kampagne „Ein starkes Stück Deutschland“ Mitte der neunziger Jahre nach, dass zwar die Sicht der „Ruhris“ über die schönen Seiten des Lebens im Revier gestärkt wurde. Die Außensicht auf das Revier hatte sich trotz der veröffentlichten 157 verschiedenen Motive aus Wirtschaft, Freizeit, Kultur Forschung und Bildung dagegen kaum verändert. Es überwog noch immer das Bild von der durch Kohle und Stahl dominierten Industrieregion, obwohl damals aktuell weniger als 10 % der Beschäftigten in diesem Sektor tätig waren.

Die folgende Kampagne „Der Pott kocht“ bewirkte sogar das Gegenteil von einem positiven Image. Sie führte zu ausgesprochen kritischen Diskussionen innerhalb und außerhalb der Region. 30 % der überörtlichen Berichterstattungen dazu waren negativ.

In der letzten Verbandsversammlung sollte nun eine erste Freigabe von 100.000 € für eine Marktstudie zur Vorbereitung der Kampagne beschlossen werden. Unsere Ablehnung begründet Wolfgang Freye in seiner Rede:

„Vorurteile kann man nicht mit schönen Bildern und originellen Werbesprüchen aus der Welt schaffen. Das Engagement für direktes Kennenlernen der Region muss verändert werden, zum Beispiel durch die Förderung des Tourismus in die Region. Genau da sind wir auf einem ausgesprochenen guten Weg in den letzten Jahren. Die Kulturhauptstadt hat schon einen Quantensprung bewirkt. Die Besucherströme in den Jahren nach der Kulturhauptstadt haben weiter zugenommen. Wir sind unbedingt dafür, dass Fragen der Tourismusedwicklung in der Region weiter gefördert werden.

Außerdem ist bis heute eigentlich völlig unklar, worauf die Kampagne zielen soll. Das ist auch einer der Gründe, weshalb die Studie hier gemacht werden soll ... Das ist doch kein vernünftiges Vorgehen!“ Die neue Kampagne ist ein Lieblingsthema der CDU und wird von den Wirtschaftsförderern der Region unterstützt. Aber gerade was man in Bezug auf Investitionen durch eine Imagekampagne bewirken kann, ist unklar. Investoren kommen wohl kaum in die Region, weil ein schönes Bild nach außen gezeichnet wird, sondern dann, wenn die materiellen Bedingungen „stimmen“ und sie sich entsprechende Profite versprechen.

Alle Oppositionsparteien haben die Mehrausgaben für die Marktstudie zur Kampagne abgelehnt, wenn auch mit unterschiedlichen Begründungen.

---

### **Haushalt 2016 eingebracht**

---

Der im Dezember 2015 zu beschließende Haushalt für 2016 sieht einen unveränderten Hebesatz für die Verbandsumlage von 0,6499 % vor. D.h. 54 Mio. € sollen die Mitgliedskommunen im nächsten Jahr an den RVR zahlen. Der Gesamtetat des RVR beträgt 74,2 Mio. €. Die Städte Bottrop, Duisburg, Gelsenkirchen, Herne und die Kreise Recklinghausen, Unna und Wesel äußern Bedenken gegen die Höhe des Umlagesatzes, da eine absolute Mehrbelastung von 2,0 Mio. € im Vergleich zu 2015 entsteht.

Wenn man bedenkt, dass der Verband zusätzliche Aufgaben mit dem Etat im Interesse der Mitgliedskommunen stemmen will, stellt sich die Frage, welche Aufgaben oder Projekte man nicht umsetzen will. Darauf geben die Mitgliedskommunen keine Antwort.

Im November wird die Fraktion in die Beratungen zum Haushalt einsteigen. Genau wie im vorigen Jahr prüfen wir die Aufgabenstellungen der Referate, deren personelle wie finanzielle Ausstattung kritisch. Ein immer mehr an Aufgabenstellungen trägt nicht unbedingt zur Profilschärfung des Verbandes bei. Eher gilt es die Aufgaben in Einklang mit den Möglichkeiten und den Herausforderungen des neuen RVR- Gesetzes zu bringen.

---

## **Day of Song geht weiter!**

---

Auf unsere Initiative hin haben der Wirtschafts- und der Kultur- und Sportausschuss über die Hintergründe der Absage des bewährten, in der Region tief verwurzelten „Day of Song“ durch die Ruhrtourismus GmbH (RTG) diskutiert. Im Ergebnis der Diskussion in den beiden Ausschüssen hat sich die Verbandsversammlung einstimmig für die Fortsetzung der Veranstaltung ausgesprochen. Die RTG wurde gebeten, ein tragfähiges Konzept mit allen Vertragspartnern zu erarbeiten und vorzulegen.

## **Außerdem ...**

---

### **Widersprüche gegen Bundesverkehrswegeplan unterstützen!**

---

Bereits 2012 haben wir als Fraktion das Vorschlagsrechts der Verbandsversammlung zur Ergänzung bzw. Streichung von Projekten im neu aufzustellenden Bundesverkehrswegeplan 2015 genutzt. Neben der Unterstützung der Planung für den Rhein-Ruhr-Express haben wir die Reaktivierung der Hertener Bahn zwischen Bottrop und Hamm für den Schienenpersonennahverkehr gefordert. Gleichzeitig beantragten wir die Streichung aller Planungen für die A 52 durch Essen, Bottrop und Gladbeck sowie den Ruhrallee-Tunnel auf der A 44 und sprachen uns gegen die Vorschläge zum Ausbau der A 42 aus. Diese Anträge wurden bei den Abstimmungen schon in vergangenen Sitzungen von der Autolobby erwartungsgemäß abgelehnt.

### **Drei Jahre danach**

Bis Ende September laufen noch die Projektbewertungen seitens des Bundes zu allen angemeldeten Vorhaben der Bereiche Straßen, Schienenwege und Wasserstraßen. Zu dem Referentenentwurf kann sich die Öffentlichkeit innerhalb von sechs Wochen äußern. Die „Zeitschiene“ sollte im Oktober/November beginnen, bisher liegen die Unterlagen aber noch nicht bei den Bezirksregierungen Düsseldorf und Münster aus, sie sind auch noch nicht im Netz veröffentlicht. Noch vor Ende des Jahres will die Bundesregierung darüber beschließen.

Aus unserer Sicht ist der Zeitraum für die Öffentlichkeitsbeteiligung für ein so komplexes Thema viel zu kurz. Wir werden den Entwurf kritisch prüfen und fordern alle auf, die zu erwartenden Widersprüche zu unterstützen und selbst tätig zu werden.

Beachtet bitte auch, was die Initiativen machen, die zu diesen Fragen tätig sind. Seitens unserer Fraktion ist insbesondere Olaf Jung aus Gladbeck ansprechbar. Er hat auch an der Konzeption des Bürgerforums Gladbeck zu Alternativen des Ausbaus der B 224 zur A 52 mitgearbeitet.

---

### **Fracking in den Niederlanden?**

---

In einem umfänglichen Verfahren beteiligte die niederländische Regierung im Rahmen des Vorhabens „Strukturvision Schiefergas“ auch das Land NRW und die Regionalplanungsbehörde des RVR an den Planungen zur Schiefergasförderung. Sowohl das Land als auch der RVR haben die Risiken des Verfahrens in den Stellungnahmen gegenüber dem niederländischen Ministerium für Wirtschaft artikuliert. Bereits Mitte Juli hat das niederländische Kabinett daraufhin beschlossen, in der aktuellen Legislatur keine Schiefergasbohrungen zu genehmigen und keine bestehenden Aufsuchungsgenehmigungen zu verlängern. Dem Beschluss liegt die Erkenntnis zu Grunde, dass die Auswirkungen der Förderung auf die Gesellschaft und die Umwelt sowie die Wirtschaftlichkeit nicht einschätzbar sind. Ende des Jahres will das niederländische Kabinett entscheiden, ob die Schiefergasförderung überhaupt als eine Option nachhaltiger Energiegewinnung beibehalten werden soll.

Im Planungsausschuss des RVR haben wir der Verwaltung für die gute Stellungnahme gegen Fracking gedankt. Gleichzeitig merkten wir an, dass es wünschenswert sei, wenn auch unsere Bundesregierung endlich zu diesen Einsichten käme. Die notwendige Änderung des Berggesetzes zur Untersagung der unkonventionellen Schiefergasförderung ist längst überfällig.

---

### **Wie weiter mit den Revierparks und Freizeitgesellschaften? – Teil 2**

---

Der im ersten Newsletter angekündigte Vertragsentwurf zur Gründung der neuen Gesellschaft liegt jetzt vor und soll Ende des Jahres in die Ausschüsse kommen. Der von uns angekündigte Meinungsaus-

tausch zwischen den betreffenden Rats- und Kreistagsfraktionen des Ruhrgebietes wird am 11. November 2015, um 15 Uhr im Regionalverband stattfinden.

Als Gast erwarten wir Martin Nees, Gewerkschaftssekretär bei ver.di, zuständig für den Verschmelzungsprozess der Revierparks.

### **Einige Pressemitteilungen...**

---

#### **„Fauler Kompromiss“ von Rot- Grün zum Newpark**

**27.08.2015**

---

Als „faulen Kompromiss“ sieht die Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) die Ergebnisse des „Krisengipfels“ der Koalitionsparteien der Landesregierung zum Newpark im Kreis Recklinghausen. Der Streit zwischen Wirtschaftsministerium und Umweltministerium ist vor allem durch den Rückzug des Umweltministeriums beigelegt.

„Die Grünen sind als Tiger gesprungen und als Bettvorleger geendet,“ so Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR. „Erst drängt Umweltminister Remmel berechtigter Weise auf die Einhaltung des bundesgesetzlichen Vorkaufsrecht der Landwirtschaftskammer und pocht auf den Wert der Böden für die landwirtschaftliche Produktion im Ruhrgebiet. Dann lässt er sich in die Pflicht nehmen und stimmt sogar der Entschärfung der Regelungen zur Bereitstellung von Ersatzflächen zu. Dabei wollten die Bauern in der Region von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen. Die Fraktion DIE LINKE im RVR hält an ihrer Kritik am Newpark fest. Neue Flächen für die Ansiedlung von Industrie und Gewerbe müssen im Ruhrgebiet im Bestand, auf vorhandenen Industriebrachen geschaffen werden und nicht auf der ‚Grünen Wiese‘. Die Landesregierung muss z.B. für die Altlastenregelung deutlich mehr Geld bereitstellen.“

Zudem steht nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE im RVR fest, dass die Landwirtschaft als Grundlage für das Agribusiness eine nicht zu unterschätzende wirtschaftliche Kraft darstellt. So hat die FH Soest ermittelt, dass im Wirtschaftscluster Agribusiness ein Gesamtumsatz von 142.200 Mill.€/Jahr in NRW erzielt wird. Wie soll dieser Wert gehalten werden, wenn immer mehr Böden zu Gunsten der Industrie umgewidmet werden?

„Die Entscheidung von Rot-Grün ist auch eine Entscheidung zu Lasten der Landwirtschaft“, so Wolfgang Freye weiter. „Sie mag dem rot-grünen Landesentwicklungsplan entsprechen, sie widerspricht aber dem ebenfalls von der Landesregierung verfolgten Ziel, landwirtschaftliche Flächen zu erhalten. Das ist auch für die ortsnahe Versorgung des Ballungsraums Ruhrgebiet mit Lebensmitteln wichtig.“

---

#### **Studie des Bürgerforums Gladbeck umsetzen**

**16.09.2015**

---

Die Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) begrüßt das Konzept des Bürgerforums Gladbeck zu Verkehrsmaßnahmen für den Bereich Marl bis Essen entlang der B 224. Sie würden den Bau der A 52 überflüssig machen und zu erheblichen Verbesserungen der Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger an der Strecke führen.

„Mit diesem Gegenkonzept zum Bau der A 52 steht nun der Verkehrsminister Michael Groschek in der Pflicht die Umsetzbarkeit der genannten Maßnahmen ergebnisoffen zu prüfen,“ so Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR. „Wir sind schon gespannt auf die Aussagen aus dem Verkehrsministerium, greifen doch einzelne Projekte seine immer wieder gepredigten Anliegen auf, wie Sanierung von Straßen vor Neubau, Ausbau der Alltagstauglichkeit der Radwege oder Stärkung des ÖPNV. Aber nicht nur die Landesregierung ist unserer Auffassung nach in der Pflicht Position zu beziehen, sondern auch die Räte der Städte, der Kreistag und die Fachausschüsse des RVR sollten sich mit den Ergebnissen konkret auseinandersetzen und sich gegenüber der Initiative, dem Land und dem Bund positionieren.“

Die Fraktion DIE LINKE wird sich in einer Sitzung des Arbeitskreises Planung Anfang Oktober mit dem Plädoyer auch mit Blick auf die Fortschreibung der Bundesverkehrswegeplanung ab 2015 befassen. „In der Verbandsversammlung am Freitag werden wir anregen, dass die Verwaltung des RVR prüft, inwieweit diese Vorschläge im Rahmen der Erarbeitung des Entwurfes des Regionalen Mobilitätsentwicklungskonzeptes einfließen können,“ so Olaf Jung, Mitglied der Fraktion im RVR.

---

**Fördermittel für Brücke Radweg Rheinische Bahn frei 18.10.2015**

---

Die Fraktion DIE LINKE im RVR begrüßt die Entscheidung des Landes NRW, den Bau der Fahrrad-Brücke über den Berthold-Beitz-Boulevard mit 1,6 Mio. Euro zu fördern. Die Brücke soll eine für Radfahrer gefährliche Lücke im Radweg auf der Trasse der Rheinischen Bahn schließen. Die Querung der Kreuzung der vierspurigen Straße wird da dadurch entfallen.

„Wir finden es gut, dass die jahrelange Diskussion um die Brücke nun positiv beendet werden kann,“ so Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR und Mitglied des Planungsausschusses in Essen. „Die Fahrradfahrerverbände wurden zu Recht nicht müde, auf die Gefährlichkeit der Kreuzung hinzuweisen. Der Radweg wird nämlich schon heute viel genutzt, die Brücke ist ein wichtiger Lückenschluss. DIE LINKE hat die Forderung nach dem Brückenbau deswegen stets unterstützt.“

Der Radweg auf ehemaligen Trasse der Rheinischen Bahn verbindet zur Zeit auf 4,5 km die Universität Essen mit den Stadtteilen im Essener Westen bis zur Stadtgrenze Mülheim. Er soll auf über 20 km Länge bis zur Universität Duisburg und zum Rheinpark ausgebaut werden. Später soll er möglicherweise ein Teil des Radschnellweges Ruhr von Hamm bis Duisburg werden, dessen Umsetzung derzeit geprüft wird.

Der Förderbescheid wird dem RVR am 21.10. 2015 von Landeswirtschaftsminister Garrelt Duin persönlich übergeben. Der RVR wird die Brücke bauen lassen.

---

Weitere, ausführlichere Informationen, Berichte von Sitzungen, alle Anträge, Anfragen, Reden und Pressemitteilungen sind auf unserer Homepage <http://www.dielinke-rvr.de> veröffentlicht.

---

*Hinweis zum Abonnement des Newsletters der Fraktion DIE LINKE im RVR:*

*Wenn Sie das Abonnement beenden möchten, senden Sie bitte eine Mail mit dem Betreff: „Abmeldung Newsletter“ an die [dielinke@rvr-online.de](mailto:dielinke@rvr-online.de).*

---

**Impressum:**

DIE LINKE. im RVR  
Wolfgang Freye (V.i.S.d.P.)  
Kronprinzenstr. 35; 45128 Essen  
Telefon: (0201) 2069-325 Fax: (0201) 2069-334  
Email: [dielinke@rvr-online.de](mailto:dielinke@rvr-online.de) Internet: [www.dielinke-rvr.de](http://www.dielinke-rvr.de)

---